

Neue zivilgesellschaftliche Koalition gegen antimuslimischen Rassismus meldet sich zum präsentierten ‚Anti-Terror-Paket‘ zu Wort.

Ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Akteur*innen zeigt antimuslimischen Rassismus auf und warnt vor der Aushöhlung demokratischer Grundwerte.

Am vergangenen Freitag, dem 7. Mai 2021, wurde von der Regierung überraschend der ‚finale‘ Entwurf des ‚Anti-Terror-Pakets‘ präsentiert. Die Berichterstattung konzentrierte sich zu dem Zeitpunkt notwendigerweise auf Femizide und die ihnen zugrunde liegenden Ursachen sowie auf Korruptionsskandale in Österreich. Somit blieb eine kritische Auseinandersetzung mit dem ‚Anti-Terror-Paket‘ Großteils aus. Die erneute Präsentation des ‚Anti-Terror-Pakets‘ ebenso wie die gewählte Vorgehensweise der Regierung nimmt die neue zivilgesellschaftliche Koalition gegen antimuslimischen Rassismus zum Anlass, ihre Öffentlichkeitsarbeit aufzunehmen.

Das vorgestellte ‚Anti-Terror-Paket‘ ist bis zum jetzigen Zeitpunkt (12. Mai 2021) nur teilweise zugänglich, was eine kritische zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung erschwert und somit demokratiepolitisch ein bedenkliches Vorgehen darstellt. Wir schließen uns der von Amnesty International Österreich eingebrachten Forderung, die Einführung eines neuen Straftatbestandes „religiös motivierter Extremismus“ weiterhin abzulehnen, an.

Obwohl die Unabhängige Untersuchungskommission feststellte, dass die Defizite im BVT und nicht in der existierenden Gesetzgebung zu suchen sind, soll es nun zu einer Ausweitung von Straftatbeständen und Überwachungsbefugnissen kommen. Die Einrichtung einer demokratischen und unabhängigen Kontrolle von jenen Behörden, die bei der Gewährleistung von Sicherheit versagten, scheint weiterhin auszubleiben. Während Sicherheitsbehörden und Polizei Steuergelder in der Höhe von zusätzlichen 125 Millionen EURO bekommen sollen, wurde für Prävention eine im Vergleich geringe Summe von 8 Millionen EURO angekündigt. Dabei müsste Prävention neben der konkreten Arbeit zur Vorbeugung von Extremismus auch eine breit angelegte Sozial- und Bildungspolitik umfassen. Das ‚Anti-Terror-Paket‘ an sich und der einhergehende politische Diskurs weisen eine gesellschaftsspaltende Wirkung auf und tragen zu weiterer Angstmache bei.

Die zivilgesellschaftliche Koalition veröffentlicht auf seiner Website eine kritische Analyse antimuslimisch rassistischer Tendenzen im aktuellen politischen Diskurs sowie in der Umsetzung von Maßnahmen. Beispiele für solche Maßnahmen sind die Einrichtung der Dokumentationsstelle Politischer Islam, die Art und Weise der Durchführung der Operation „Luxor“, ebenso wie die Ziele und Inhalte des ‚Anti-Terror-Gesetzespakets‘. Die Art und Weise, wie diese Maßnahmen gesetzt und öffentlich diskutiert werden, haben eine feindbildschaffende und einschüchternde Signalwirkung, die bereits deutlich sichtbar und für viele als muslimisch gelesene Menschen im Alltag spürbar geworden ist.

Zu den Initiator*innen gehören u.a. Vertreter*innen der Dokustelle – Islamfeindlichkeit und Antimuslimischer Rassismus, der IDB – Initiative für ein diskriminierungsfreies Bildungswesen, von #jugendstehtauf, der Muslimischen Jugend Österreich (MJÖ), des Netzwerks Muslimische Zivilgesellschaft (NMZ), des Vereins ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit sowie eine Reihe von Einzelpersonen mit rassismuskritischer Expertise aus Theorie und Praxis. Unterstützt wird die Koalition u.a. von Assisting Children Traumatized by Police (ACT-P) und Black Voices Volksbegehren.

Dokustelle Österreich: „Mit der Etablierung der Dokumentationsstelle Politischer Islam, des ‚Anti-Terror-Pakets‘ und ‚Operation Luxor‘ beobachten wir, wie Muslim*innen unter Generalverdacht gestellt und kriminalisiert werden. Während sonst die Unschuldsvermutung gilt, zeigen diese Praktiken, dass Muslim*innen, bis zum Beweis der Unschuld, als schuldig gelten.“

IDB: „Aus den Meldungen an die IDB nach dem Terroranschlag im November 2020 wurde sichtbar, dass muslimische Schüler*innen häufig pauschal als Terrorist*innen beschimpft und dezidiert aufgefordert werden, sich von Militanz zu distanzieren. Es ist davon auszugehen, dass das ‚Anti-Terror-Paket‘, wie es nach wie vor geplant wird und umgesetzt werden soll, zu einer weiteren Kriminalisierung von muslimischen Schüler*innen führen und eine Grundlage für die Zunahme von Diskriminierungen schaffen wird.“

MJÖ: „Die türkis-grüne Regierung schafft mit dem Straftatbestand des „religiös motivierten Extremismus“ einen neuen, tragischen Höhepunkt rassistischer Politiken. Die jüngsten Gesetzesänderungen sind zutiefst diskriminierend und kriminalisieren muslimisches Leben in Österreich. Sie sind die nahtlose Fortsetzung islamfeindlicher Politik, die wir seit 2015 besorgt beobachten.“

NMZ: „Dass Antimuslimischer Rassismus Teil der österreichischen Politik ist, zeigt das aktuell präsentierte Anti-Terrorpaket einmal mehr. Tatsächlich handelt es sich hier um die Einschränkung der Grundrechte von Muslim*innen. Um von den Zuständen des BVTs abzulenken, soll mit einem diskriminierenden Gesetzespaket angeblich die Sicherheit des Landes gewahrt werden. Für die Inkompetenz der Behörden sollen nun alle muslimischen Bürger*innen büßen.“

ZARA: „Nach dem Attentat Anfang November hat ZARA einen Anstieg an Meldungen von direkt von antimuslimischem Rassismus Betroffenen verzeichnet. Von den 3.039 bei ZARA 2020 eingegangenen Meldungen machte antimuslimischer Rassismus ein Viertel aus, das sind doppelt so viele Meldungen als im Jahr davor. Wir fordern daher die Umsetzung des bereits im Regierungsprogramm angekündigten Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus, der Maßnahmen gegen die Abwertung, Ausgrenzung und Homogenisierung von als muslimisch gelesenen Menschen beinhalten muss.“

Die Koalition betrachtet ihr Engagement als interdisziplinären Beitrag für ein rassismuskritisches Klima sowie für die Stärkung von sozialen, politischen und religiösen Rechten von Muslim*innen sowie als solche gelesene Menschen.

Mehr über die Koalition erfahren Sie hier: www.diekoalition.at

Eine ausführliche Analyse antimuslimisch rassistischer Tendenzen im aktuellen politischen Diskurs finden Sie hier: <https://bit.ly/3uc8XsM>

Rückfragen & Kontakt:

Koalition gegen antimuslimischen Rassismus

office@diekoalition.at